

FAST JEDEN TAG EIN ANGRIFF – RECHTE GEWALT IN BRANDENBURG NIMMT WEITER ZU

HINTERGRUNDPAPIER ZUR JAHRESBILANZ RECHTER,
RASSISTISCHER UND ANTISEMITISCHER GEWALT
IN BRANDENBURG 2025



+++ AUCH NACH DEN WAHLEN KEIN RÜCKGANG RECHTER ANGRIFFE +++ RASSISMUS
WEITERHIN HAUPTMOTIV RECHTER GEWALT +++ WOHNPROJEKTE, JUGENDCLUBS UND
SOZIOKULTURELLE ZENTREN IM FOKUS RECHTER TÄTER*INNEN +++ BREITE RECHTE BE-
WEGUNG FORMIERT SICH WEITER +++

ALLGEMEINE EINSCHÄTZUNG

Die Opferperspektive hat für das Jahr 2025 insgesamt **290 rechte, rassistische, antisemitische und queerfeindliche Angriffe** und damit einen erneuten Anstieg gegenüber dem Vorjahr (2024: 273) erfasst. Durchschnittlich ereigneten sich **mehr als 5 Gewalttaten pro Woche bzw. 11,4 Gewalttaten auf 100.000 Einwohner*innen** im Land Brandenburg. Die Zahl der Menschen, die in Brandenburg von rechter Gewalt¹ unmittelbar betroffen war, stieg 2025 gegenüber dem Vorjahr noch einmal um 25% von 416 auf 523 Personen an und erreicht damit die höchste Anzahl Betroffener, die durch die Opferperspektive jemals erfasst wurde.

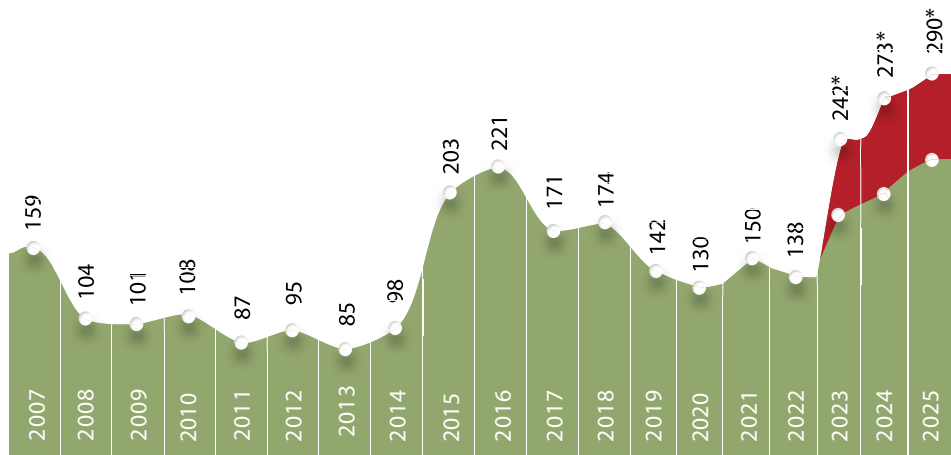


Abbildung 1: Rechte Gewalttaten im Verlauf seit 2007 (*inklusive neuer Erfassungskriterien)

Waren im Superwahljahr 2024 insbesondere die Wahlkämpfe Eskalationsmomente rechter Gewalt, blieb das **Gewaltniveau in Brandenburg auch 2025 anhaltend hoch**. Nach der Bundestagswahl im Februar 2025 ist kein Abflachen bei rechten Übergriffen bemerkbar. Rechte Gewalttäter*innen gehen weiter mit großem Selbstbewusstsein gegen vermeintliche und tatsächliche politische Gegner*innen sowie gegen Migrant*innen vor. Dies geschieht vor dem Hintergrund einer **breiten rechten Bewegung**, die sich in Brandenburg zusehends formiert und ausdifferenziert. Dabei spielt die extrem rechte AfD eine prägende Rolle, ist aber bei weitem nicht mehr die

¹ Bei der Einstufung als rechte Gewalt folgt die Opferperspektive weitestgehend dem polizeilichen Definitionssystem der Politisch motivierten Kriminalität – Rechts (PMK-rechts) des Bundeskriminalamtes: „Der wesentliche Kerngedanke einer „rechten“ Ideologie ist die Annahme einer Ungleichheit/Ungleichwertigkeit der Menschen.“ Als PMK-rechts zählt demnach, „wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie sich gegen eine Person wegen ihrer/ihrer zugeschriebenen oder tatsächlichen politischen Haltung, Einstellung und/oder Engagements, Nationalität, ethnischen Zugehörigkeit, Hautfarbe, Religionszugehörigkeit, Weltanschauung, sozialen Status, physischen und/oder psychischen Behinderung oder Beeinträchtigung, sexuellen Orientierung und/oder sexuellen Identität oder äußeren Erscheinungsbildes, gerichtet sind und die Tathandlung damit im Kausalzusammenhang steht bzw. sich in diesem Zusammenhang gegen eine Institution/Sache oder ein Objekt richtet.“ (Bundesministerium des Inneren/ Bundesministerium der Justiz (Hrsg.): Definitionssystem Politisch motivierte Kriminalität. Berlin 2016).

Ausführlicher hierzu siehe: <https://www.opferperspektive.de/erfassungskriterien>

alleinige Impulsgeberin. Besonders besorgniserregend ist die deutliche Zunahme von gezielten Angriffen und Anschlägen, wie etwa im März auf die Geflüchtetenunterkunft in Stahnsdorf und den Jugendclub Jamm in Senftenberg, im Mai auf eine Geflüchtetenunterkunft in Wusterhausen/Dosse und im Juni auf das Vielfaltsfest *Bad Freienwalde ist bunt*. Erneut ist **Rassismus mit 133 Übergriffen das Hauptmotiv** rechter Gewalttäter*innen. Verstetigt hat sich die hohe Zahl von Gewalttaten gegen politische Gegner*innen (65 Angriffe). In den Fokus rechter Täter*innen gerieten dabei insbesondere linke Wohnprojekte, alternative soziokulturelle Zentren und Jugendclubs. Während queerfeindliche Propaganda weiterhin ein zentrales Agitationsfeld der extremen Rechten bleibt, gingen die Mobilisierungserfolge bei queerfeindlichen Gegenveranstaltungen zu CSDs zurück und es wurden deutlich weniger Übergriffe in diesem Kontext verzeichnet. Insgesamt stieg die Zahl queerfeindlicher Attacken von 19 in 2024 auf 33 im Jahr 2025 dennoch deutlich an.

TATMOTIVATIONEN

Rassismus ist weiterhin mit Abstand das häufigste Tatmotiv bei rechten Gewalttaten in Brandenburg. Im Jahr 2025 wurden 133 rassistische Angriffe gezählt (2024: 130). Die Hemmschwelle, Gewalt anzuwenden, ist gegenüber von Rassismus Betroffenen dabei deutlich niedriger als gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen. **83 der insgesamt 134 in Brandenburg begangenen Körperverletzungen wurden aus einem rassistisch motivierten Tatmotiv verübt** – deutlich häufiger als bei allen anderen Tatmotivationen. Diese Gewalt ereignet sich für Betroffene häufig völlig unvermittelt.

Im Januar greifen Teenager in Bad Saarow aus rassistischen Motiven mehrfach Kinder an einer Bushaltestelle an. Sie schlagen den Kopf eines 10-jährigen Jungen namibischer Herkunft gegen die Scheibe einer Bushaltestelle und schlagen einem 10-jährigen Mädchen deutscher Herkunft ins Gesicht.

Nach dem sprunghaften Anstieg von **Angriffen auf politische Gegner*innen** im Superwahljahr 2024 (66 Angriffe), verbleibt die Zahl dieser Gewalttaten auf nahezu identischem Niveau (65 Angriffe). Dabei verlagerte sich der Kontext: Wahlkampfveranstaltungen waren deutlich seltener Tatorte rechter Übergriffe als im Vorjahr und die Anzahl der Angriffe auf politische Verantwortungsträger*innen und Wahlkämpfer*innen ging von 16 auf 5 zurück. Der Großteil der Attacken (45 Angriffe) richtete sich 2025 gegen Personen, die sich aktiv gegen Rechts engagieren bzw. von den Täter*innen so wahrgenommen werden. Nahezu die Hälfte aller Übergriffe (29) sind organisierten rechten Strukturen zuzurechnen.

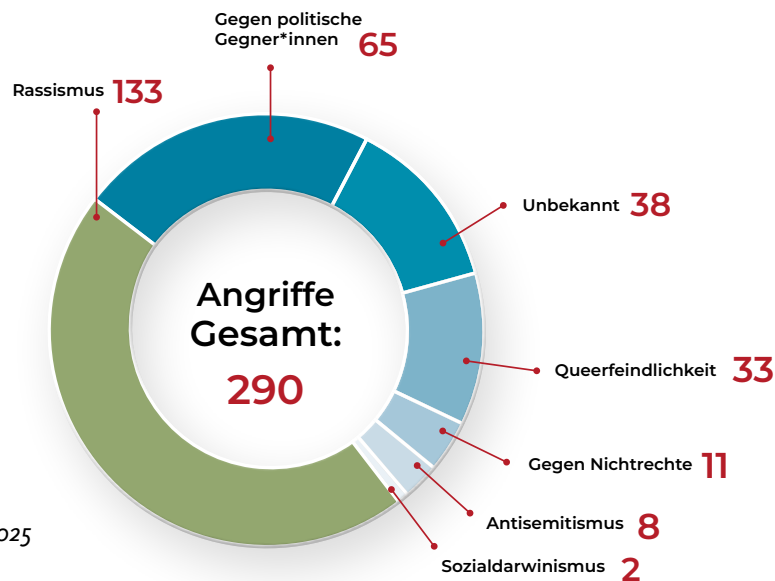


Abbildung 2: Rechte Angriffe 2025 nach Tatmotivation

Antisemitische Gewalttaten sind nach Kenntnis der Opferperspektive mit 8 Übergriffen leicht zurückgegangen (2024: 11).² Bei den meisten Attacken handelt es sich um Bedrohungen. Die Betroffenen selbst sind nicht in allen Fällen jüdisch, häufig werden sie aber während des Tatgeschehens antisemitisch beschimpft.³

Die Beratungsstelle erfasste zudem **2 sozialdarwinistische Angriffe** (2024: 6). Beide richteten sich gegen Menschen mit einer Behinderung. **Angriffe auf Nicht-Rechte** stiegen 2025 auf 11 Taten (2024: 8). Hierunter fasst die Opferperspektive Angriffe, die von extrem rechten Täter*innen begangen werden, ohne dass sich die Betroffenen aktiv politisch gegen Rechts engagieren, sondern sich dem Dominanzanspruch der Täter*innen lediglich dadurch widersetzen, dass sie nicht „mitmachen“ oder unpolitisch „anders“ sind.

Im Oktober tritt in Kolkwitz ein unbekannter Täter einem 12-jährigen Kind in den Rücken, weil es negativ auf den Ausspruch „Heil Hitler“ reagiert hatte.

Die Zahl **queerfeindlicher Attacken** stieg von 19 in 2024 auf 33 im Jahr 2025 deutlich an. Ausschlaggebend hierfür ist insbesondere ein in seinem Ausmaß herausragender Komplex queerfeindlicher Angriffe im Landkreis Märkisch-Oderland. Bis zu 16 Gewalttaten, darunter 11 Fälle von schwerem Raub, können in diesen Zusammenhang gestellt werden.

² Die von der Opferperspektive dokumentierten Fälle antisemitischer Gewalt sind nur ein kleiner Ausschnitt der Realität verschiedener Formen von Antisemitismus. Unsere Partnerorganisation Fachstelle Antisemitismus stellt ihr brandenburgweites Monitoring antisemitischer Vorfälle zu einem späteren Zeitpunkt vor.

³ Bei antisemitischen und queerfeindlichen Taten erfasst die Opferperspektive alle von der Polizei im Themenfeld Hasskriminalität eingeordneten Fälle, auch wenn diese nicht explizit im Themenfeld „rechts“ klassifiziert werden – etwa Angriffe, bei denen die Strafverfolgungsbehörden den Täter*innen eine religiöse Motivation für ihr Handeln zuschreiben oder bei der Tatmotivation die Zuordnung „Sonstige“ verwenden.

Ausschlaggebend für die Opferperspektive sind die antisemitische bzw. queerfeindliche Tatmotivation sowie die Wahrnehmung der Betroffenen. Für das Jahr 2025 betrifft dies 2 antisemitische Vorfälle und 17 queerfeindliche Taten.

Eine Gruppe Jugendlicher und Heranwachsender im Alter von 14 bis 20 Jahren kontaktiert Männer über eine Online-Datingplattform, lockt sie an entlegene Orte, um sie dort zu verprügeln, zu erniedrigen und schließlich zu berauben. Dabei filmen sie ihre Taten. Bis zu 9 Täter wirken gemeinschaftlich auf den jeweils Betroffenen ein. Der älteste Angegriffene ist 71 Jahre alt.

Die Übergriffe werden zwar mutmaßlich auch mit der Absicht begangen, sich zu bereichern – doch aus der Art der Tatbegehung, der exzessiven Gewalt und den während der Tat geäußerten queerfeindlichen Beschimpfungen, wird die Vorurteils motivation der Taten deutlich. Bei den Tätern handelt es sich um Deutsche mit extrem rechten Überzeugungen sowie Jugendliche mit Migrationsgeschichte. Queer- bzw. Homofeindlichkeit dient hier als verbindendes Feindbild und ideologische Schnittmenge, um gegen die Betroffenen gewaltsam vorzugehen.⁴

Bei 38 Übergriffen ist der Opferperspektive das genaue Motiv der Täter*innen nicht bekannt (2024: 33). Es handelt sich um Bedrohungs- und Nötigungsdelikte, die von der Polizei als Politisch motivierte Kriminalität – rechts (PMK-rechts) eingestuft wurden, bei denen die Beratungsstelle aber über kein weiteres Datenmaterial verfügt und es nicht gelungen ist, direkten Kontakt zu den Betroffenen herzustellen.

TATBESTÄNDE

Die Zahl der 2025 begangenen rechtsmotivierten Körperverletzungsdelikte ist mit 134 gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig (2024: 141). Darunter fallen 73 einfache und 61 gefährliche Körperverletzungsdelikte (2024: 75/66). Minimal zugenommen haben **Nötigungen und Bedrohungen**, von 116 auf 119 Vorfälle. Steigerungen gab es auch bei **Brandstiftungen** (2025: 3; 2024: 1) und **Massiven Sachbeschädigungen** (2025: 8; 2024: 4).

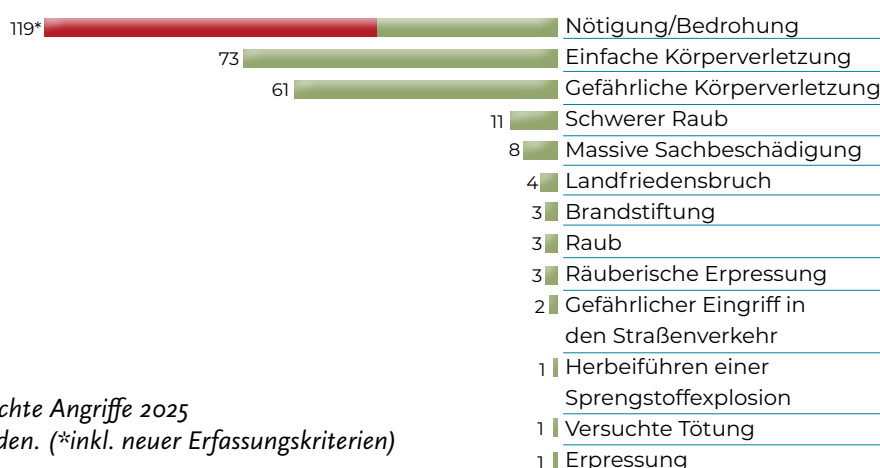


Abbildung 3: Rechte Angriffe 2025 nach Tatbeständen. (*inkl. neuer Erfassungskriterien)

⁴ Der geschilderte Tatkomplex wurde erst wenige Tage vor Redaktionsschluss des vorliegenden Papiers öffentlich. Dadurch ist der Opferperspektive eine tiefergehende Analyse zu diesem Zeitpunkt noch nicht möglich. Die Polizei ordnet die Taten derzeit als „PMK- nicht zuzuordnen“ ein.

Für 2025 erfasst die Opferperspektive zudem 1 rassistisch motiviertes **versuchtes Tötungsdelikt**. Es wurden zudem 4 Fälle von **Landfriedensbruch** im Kontext von Angriffen durch organisierte Rechte auf politische Gegner*innen begangen. Hinzu kommen 3 Fälle von **Raub**, 3 Fälle von **räuberischer Erpressung**, und jeweils 1 Fall von **Erpressung** und dem **Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion**. 11 Fälle von **schwerem Raub** sind dem Tatkomplex in Märkisch-Oderland zuzurechnen. Bei 2 Fällen handelt es sich um **schweren Eingriff in den Straßenverkehr**. Bei einem dieser Angriffe versuchten unbekannte Täter*innen Ende August in der Gemeinde Friesack einen jungen Linken mit dem Auto zu überfahren.

TATBETROFFENE

Die Zahl der von rechter Gewalt Betroffenen stieg 2025 deutlich auf **523 Personen** an (2024: 416) und erreichte die **höchste Anzahl Betroffener**, die durch die Opferperspektive jemals erfasst wurde. Bei 342 von ihnen handelt es sich um Erwachsene (2024: 242). **71 Jugendliche** wurden aus einer rechten Tatmotivation heraus angegriffen, eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um mehr als ein Drittel (2024: 53). Die Zahl angegriffener **Kinder** verringerte sich von 42 auf 23.

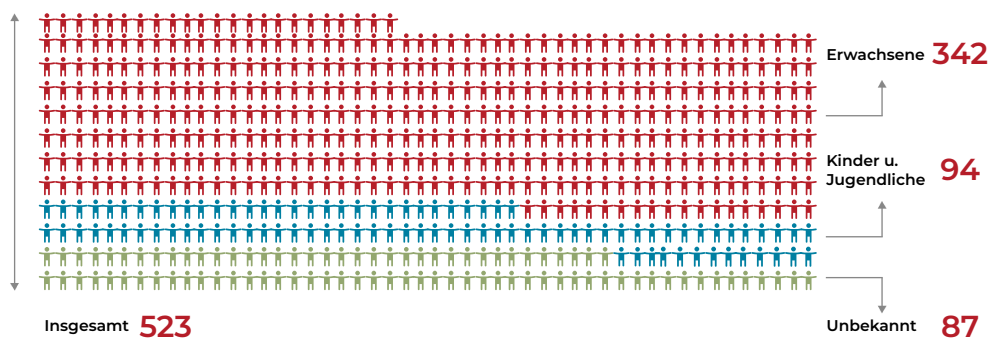


Abbildung 4: Rechte Angriffe 2025 nach Tatbetroffenen

254 der Angegriffenen waren männlichen Geschlechts (2024: 242), 137 Frauen waren von rechter Gewalt betroffen (2024: 121). Bei Übergriffen gegen Frauen war in 41 Fällen Rassismus das Tatmotiv, 32 Angriffe richteten sich gegen politische Gegner*innen.

Ende Januar wird eine Frau mazedonischer Herkunft auf einem Supermarktparkplatz durch einen Neonazi angegriffen. Er baut sich vor ihr und ihrem Ehemann auf, beschimpft sie rassistisch, schlägt sich auf die Brust und ruft „Ich bin ein Nazi“. Als er versucht, ihren Mann zu schlagen, geht die Frau dazwischen. Der Angreifer verdreht ihr beide Handgelenke, so dass sie Verletzungen erleidet, die auch Monate später noch nicht verheilt sind.

Eine Frau tunesischer Herkunft sitzt im Mai in Frankfurt (Oder) an einer Tramhaltestelle, als drei Personen auf sie zu kommen. Diese zeigen den sogenannten Hitlergruß, beleidigen sie rassistisch, schubsen sie und schlagen auf sie ein.

Hinzu kommen Betroffene mit nicht-binärer Geschlechtsidentität, trans* Personen und Menschen mit dem Geschlechtseintrag „divers“.⁵ Nicht alle von ihnen wurden auf Grund ihrer sexuellen Identität angegriffen – einige dieser Attacken richteten sich gegen politische Gegner*innen.

REGIONALE VERTEILUNG

Die Opferperspektive verzeichnet für das Jahr 2025 für das gesamte Land Brandenburg durchschnittlich 11,4 Gewalttaten auf 100.000 Einwohner*innen.⁶

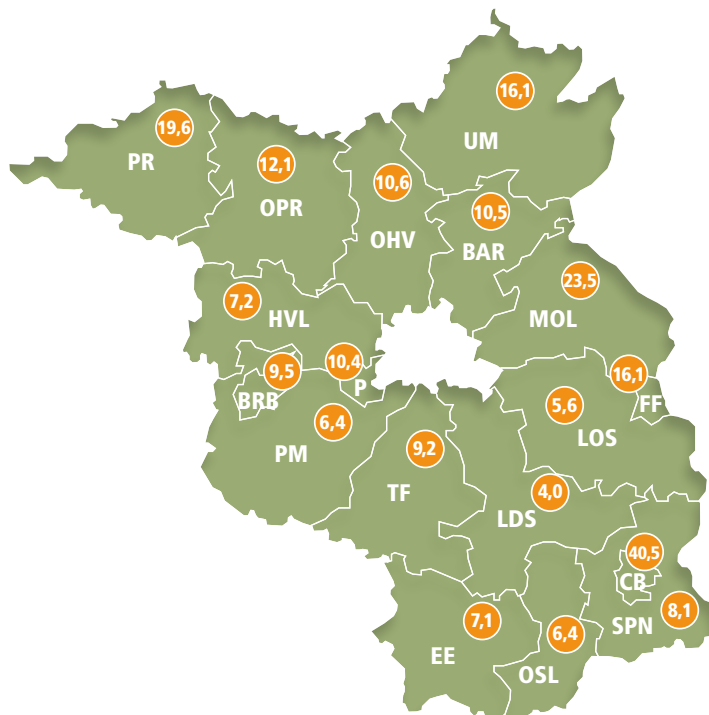


Abbildung 5: Verteilung rechter Angriffe nach Landkreisen/kreisfreien Städten 2025 je 100.000 Einwohner*innen

In den nördlichen und östlichen Landkreisen Brandenburgs kam es 2025 häufiger zu rechter Gewalt als in den südlichen Regionen. Ein Trend, der erst in einer auf die Einwohnerzahl bezogenen

⁵ Die Daten der Statistik erfassen Geschlechtervielfalt nur unzureichend. Insbesondere die von der Polizei erhobenen Daten unterscheiden nur zwischen den Kategorien m/w/d. Es kann zu falschen Zuschreibungen kommen. Nicht in allen Fällen sind uns das Alter oder die Zuordnung m/d/w bekannt.

⁶ Die Zahlen basieren für die Vergleichbarkeit auf dem letzten offiziellen Zensus zum Stichtag 15. Mai 2022. Quelle: <https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/bevoelkerung/zensus/zensus2022>

bereinigten Rechnung deutlich wird. Die Landkreise Prignitz (19,6), Ostprignitz-Ruppin (12,1), Uckermark (16,1), Märkisch-Oderland (23,4) und Frankfurt (Oder) (16,1) liegen teils deutlich über diesem Schnitt. Auch die nördlichen Landkreise Barnim (10,5) und Oberhavel (10,6) bewegen sich nur knapp unter dieser Zahl. Auf 100.000 Einwohner*innen bezogen, ragt allerdings die Stadt Cottbus mit 40,5 Gewalttaten in Brandenburg klar heraus. Die wenigsten Angriffe ereigneten sich in Dahme-Spreewald (4) und Oder-Spree (5,6).

In absoluten Zahlen springt der Landkreis **Märkisch-Oderland** deutlich ins Auge, wo sich die Anzahl der Angriffe gegenüber dem Vorjahr mit 46 mehr als verdreifacht hat (2024: 14). Es ist die höchste Zahl von Übergriffen, die die Opferperspektive je in einem Landkreis innerhalb eines Kalenderjahres verzeichnet hat und hängt u.a. mit dem oben beschriebenen queerfeindlichen Fallkomplex zusammen.

Zugenommen hat die Anzahl der Taten auch in Cottbus, von 30 auf 38. Die Zahl der Angriffe bewegt sich hier seit Jahren auf einem auch deutschlandweit hervorstechend hohem Niveau. Steigerungen der Angriffszahlen gibt es zudem in Teltow-Fläming (2025: 16; 2024: 13), der Prignitz (15; 10), Potsdam-Mittelmark (14; 10), dem Havelland (12; 5), Spree-Neiße (9; 7), Brandenburg/Havel (7; 2) und Oberspreewald-Lausitz (7; 5).

In den anderen Landkreisen ging die Zahl der durch die Beratungsstelle erfassten Angriffe zurück, am deutlichsten in Oder-Spree (10; 23) und Dahme-Spreewald (7; 18). Leichtere Rückgänge sind in Oberhavel (23; 29), Barnim (20; 21), Potsdam (19; 21), Uckermark (19; 24), Ostprignitz-Ruppin (12; 15) und Elbe-Elster (7; 8) zu verzeichnen.

ZUNEHMENDE INTENSITÄT BEI RASSISTISCHEN TATEN

Rassismus stellt auch weiterhin das häufigste Tatmotiv für rechte Angriffe dar: Nach Zählung der Opferperspektive ereignete sich fast jeden dritten Tag in Brandenburg eine rassistische Gewalttat. Für von Rassismus Betroffene ist es längst zur Normalität geworden, sich im öffentlichen Raum rassistischer Anfeindungen erwehren zu müssen. Für Viele bedeutet das, in den alltäglichsten Situationen potentieller Gefahr ausgesetzt zu sein. Dies bringt für Betroffene eine konstante psychische Belastung mit sich. Erstmals seit längerem sind aber auch wieder mehrere organisierte Angriffe gegen Geflüchtetenunterkünfte zu verzeichnen.

*Im Februar 2025 plant die rechtsterroristische „Letzte Verteidigungswelle“ einen Bombenanschlag auf eine Geflüchtetenunterkunft in Senftenberg, der zum Ziel hat, das Gebäude in Brand zu setzen und Bewohner*innen zu töten. Zur Ausführung kommt es jedoch nicht – die Rechtsterroristen werden verhaftet, nachdem eine Journalistin die Polizei über die Planungen informiert hatte.*

Im März zieht eine Gruppe junger Rechter in Stahnsdorf unter lauten neonazistischen Parolen durch die Straßen und versucht sich gewaltsam Zugang zur Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete zu verschaffen. Dabei werden Glasscheiben an der Eingangstür und mehrere Fenster

zerstört. Nachdem Bewohner*innen dies dem Wachschatz melden, treffen zwei Mitarbeiter die Täter*innengruppe an einer Bushaltestelle an. Als sie die Gruppe ansprechen, wird einer der Wachschatz attackiert und so schwer verletzt, dass er mehrere Tage im Krankenhaus behandelt werden muss. Die Bewohner*innen sind verängstigt und befürchten, dass die Täter*innen für weitere Angriffe wiederkommen könnten.

Ende Mai explodiert an einem Übergangswohnheim in Wusterhausen/Dosse eine durch unbekannte Täter*innen selbst gebastelte Sprengvorrichtung. Zum Glück wird durch die Explosion keine der Bewohner*innen verletzt.

Zwar sind Geflüchtetenunterkünfte noch nicht wieder in dem Maße wie 2015/16 Kristallisationspunkte rechter Gewalt. Doch in den Anschlägen spiegelt sich das Entstehen einer neuen militanten Neonaziszene wider, die ihre Angriffsziele bewusst auswählt und organisiert gegen diese vorgeht.

Neben den geschilderten organisierten Angriffen kommt es deutlich häufiger zu rassistischen Gelegenheitstaten, bei denen die Angreifer*innen bei zufälligen Begegnungen im öffentlichen Raum zuschlagen. 2025 ereigneten sich gleich mehrere solcher Taten mit schwersten Verletzungen und Tatfolgen für die Betroffenen.

Ende Mai wird ein jugendlicher palästinensischer Herkunft in Fürstenwalde Zeuge, wie drei Rechte einem muslimischen Mädchen das Kopftuch herunterreißen. Als er am Folgetag einen der Täter wieder sieht, spricht er ihn auf die Tat an. Der Rechte zieht unvermittelt ein Messer und sticht dem 13-jährigen ins Gesicht. Nach der Tat brüstet sich der Angreifer in Messenger-Nachrichten mit dem Angriff. Der Betroffene wird schwerstverletzt ins Krankenhaus gebracht, wo er mehrfach operiert werden muss.

Im Oktober trifft ein junger Mann ukrainischer Herkunft an einem Bahnhof in Templin auf mehrere junge Rechte. Zunächst unterhält er sich mit ihnen, dann beginnen die Täter ihn rassistisch zu beleidigen. Sie schlagen völlig enthemmt auf den jungen Mann ein und berauben ihn. Die Gewalteinwirkung ist so schwerwiegend, dass der Betroffene fast sein Leben verliert. **Die Tat wird als versuchtes Tötungsdelikt geführt.**

In den von Rassismus betroffenen Communities greift die Verunsicherung weiter um sich.

In Potsdam randaliert im Dezember ein Mann in der Zeppelinstraße, geht in mehrere migrantisch geführte Geschäfte und das Büro einer Migrant*innenselbstorganisation und schlägt dort auf Anwesende und Mitarbeiter*innen ein. Auf dem Gehsteig schlägt er im Anschluss eine Rentnerin deutscher Herkunft nieder. Gegenüber der Opferperspektive äußert ein Zeuge, er habe an den rassistischen Anschlag von Hanau denken müssen, und Angst gehabt, dass nun auch in Potsdam so etwas geschehe.

Laut Einschätzung der Polizei soll der Täter in einem psychischen Ausnahmezustand gehandelt haben. Opferauswahl und Tatbegehung sprechen dafür, dass Rassismus als Tatmotiv eine Rolle spielte. In der öffentlichen Wahrnehmung wurde eine mögliche rassistische Komponente dieses Angriffs jedoch ausgeblendet. Die Wahrnehmung der Betroffenen wurde durch kaum jemanden erfragt. Diese Wahrnehmung ist von der Realität eines massiven Bedrohungspotentials rassistischer Gewalt geprägt, dem sich die angegriffenen Communities ausgesetzt sehen.

Trotz der Vielzahl der Angriffe gegen Geflüchtete und Migrant*innen, stehen diese nicht in erster Linie als Betroffene von Rassismus und Diskriminierung im Fokus von Lokal- und Landespolitik, sondern als potentielle Problemträger*innen, auf deren Anwesenheit mit repressiven Maßnahmen reagiert wird. So führen gewalttätig ausgetragene Konflikte zwischen deutschen und migrantisierten Schüler*innen an zwei Cottbuser Schulen im Stadtteil Sachsendorf, bei denen eine niedrige zweistellige Zahl Schüler*innen negativ auffällt, zu einer geplanten landesweiten Wohnsitzauflage für sämtliche Geflüchtete im Land Brandenburg. Durch Maßnahmen wie der Einführung von Bezahlkarten – die einer Wiedereinführung des aus guten Gründen abgeschafften Gutscheinsystems gleichkommt – nimmt die systematische Entrechtung von Geflüchteten weiter zu. Unter diesen Rahmenbedingungen entsteht bei Geflüchteten nach erlebter Gewalt der Eindruck, dass es kaum möglich ist, eigenes Recht in Anspruch zu nehmen und durchzusetzen. Betroffene rassistischer Gewalt berichteten der Opferperspektive mehrfach, dass Polizist*innen die Aufnahme von Anzeigen verweigerten. Vor dem Hintergrund dieser gesellschaftlichen Stimmung, die durch die administrative Politik der Landesregierung eher bestärkt als gemildert wird, fühlen sich rassistische Angreifer*innen in ihren Taten bestärkt. So äußerten Täter*innen gegenüber Betroffenen wiederholt Vertreibungsfantasien und Sätze wie „Ihr werdet eh bald alle abgeschoben“.

Rassistische Übergriffe werden medial kaum rezipiert oder öffentlich thematisiert. Hinzu kommt eine wachsende Resignation, weil erkämpfte Fortschritte für mehr Teilhabe und gegen Diskriminierung von Geflüchteten und Migrant*innen durch Rechtsverschärfungen wieder rückgängig gemacht werden. Noch dazu erfahren Migrant*innen aktuell nur wenig Unterstützung und Solidarität durch die Mehrheitsgesellschaft.

RECHTE ANGRIFFE AUF WOHNPROJEKTE, KULTUREINRICHTUNGEN UND JUGENDCLUBS

Die Anzahl der Angriffe auf politische Gegner*innen spricht eine deutliche Sprache: Der Kampf gegen Menschen, denen eine linke Position zugeschrieben wird, hat für die extrem rechte Szene höchste Priorität. Anders als noch 2024 ereigneten sich diese Angriffe jedoch weniger im Kontext von Wahlkampfveranstaltungen und Demonstrationen.

Zunehmend sind es alternative, nicht-rechte und soziokulturelle Treffpunkte, Haus- und Kulturprojekte, die als Orte „politischer Gegner“ markiert und zum Ziel von rechten Gewalttaten werden.

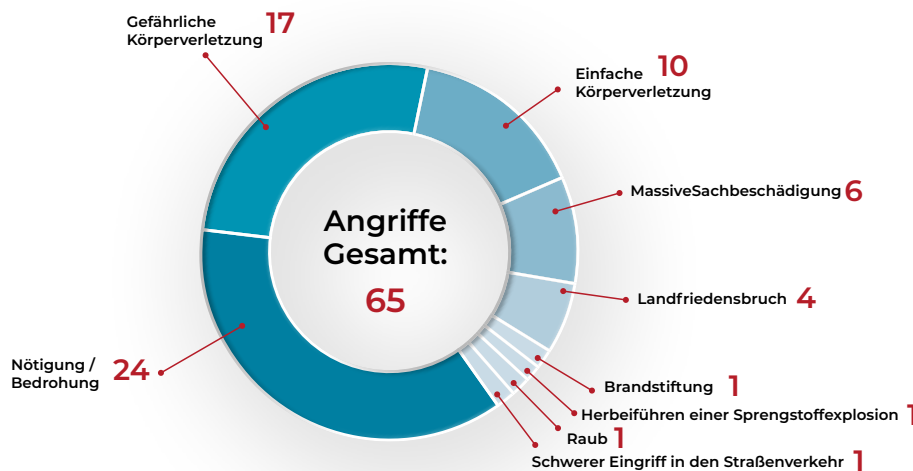


Abbildung 6: Angriffe gegen politische Gegner*innen nach Tatbestand 2025

Anfang März bemerken Besucher*innen des alternativen Jugendklubs „Jamm“ in Senftenberg, dass das Gebäude offenbar durch mehrere Personen aus Autos heraus ausgespäht wird. Wenig später nähern sich bis zu 35 verummte Angreifer dem Klub. Sie rufen rechte Parolen, und werfen Steine gegen die Fassade. Ins Innere gelangen sie jedoch nicht – das Jamm ist auf Grund der Erfahrung der „Baseballschlägerjahre“ der 90er Jahre auf rechte Angriffe vorbereitet und durch bauliche Maßnahmen geschützt. Im Jahr 2025 kommt ein Angriff solchen Ausmaßes allerdings eher überraschend. Die Angreifer haben ihre Attacke offenbar gut organisiert – bevor die Polizei eintrifft, können die Täter unerkannt entkommen.

Im Laufe des Jahres häuften sich Angriffe auf Jugendklubs und Wohnprojekte. Ein Extrembeispiel ist das Hausprojekt Zelle79 im Zentrum von Cottbus, das immer wieder zur Zielscheibe rechter Angriffe wird.

Ende März brüllt eine Gruppe Vermummter rechte Parolen und wirft Pflastersteine auf das Gebäude. Dabei wird die Fensterscheibe des Nachbarhauses eingeworfen.

Im Mai folgt ein erneuter Angriff. Dabei setzen maskierte Angreifer ein Zaunteil als Rammbock ein, um ins Innere des Hauses einzudringen. Dies misslingt zwar, die Eingangstür wird allerdings schwer beschädigt. Pyrotechnik, die die Angreifer werfen, sorgt für einen Brand im Gartenbereich. In den nächsten Monaten kommt es immer wieder zu Drohungen und teils antisemitischen Pöbeleien vor dem Haus. Bereits im Dezember 2024 wurde eine Person vor dem Eingangsbereich der Zelle79 von mehreren Angreifern niedergeschlagen. Im Dezember 2025 wird der Briefkasten des Hauses in die Luft gesprengt. Die Explosion ist so stark, dass ein 15 Meter entfernt geparktes Auto durch fliegende Metallteile beschädigt wird. Am Ende des Jahres explodiert erneut ein Sprengsatz vor dem Hausprojekt. Diesmal wird nicht nur der Briefkasten

zerstört, sondern auch die Eingangstür durch die Explosion, deren Erschütterung im ganzen Haus zu spüren ist, aus den Angeln gehoben.

Das Hausprojekt *Zelle79* stand mitnichten allein im Fokus. Auch der Kulturort *Rosa* in der Cottbuser Innenstadt berichtete von Attacken. An einem Jugendklub außerhalb des Stadtzentrums kam es zu Drohgebärden und Provokationen durch junge Neonazis gegenüber Besucher*innen. In Lauchhammer wurde das Jugendzentrum *Süd-Club* angegriffen, die Fassade beschmiert und das Außengelände verwüstet. Am Jugendzentrum *KLAB* in Luckenwalde wurde eine Scheibe eingeschmissen, während sich eine Mitarbeiterin im Gebäude befand. Vor dem *Horte* in Strausberg kam es wiederholt zu Drohungen und Einschüchterungsversuchen durch extrem Rechte.

Augenfällig bei diesen Angriffen ist das planvolle und gezielte Vorgehen der Täter*innen. Nur in den wenigsten Fällen ist es den Strafverfolgungsbehörden gelungen, Tatverdächtige zu ermitteln. Die Angriffe, sowohl in ihrer Anzahl, als auch der Art der Begehung, sind Ausdruck der aktuell vorhandenen Handlungsfähigkeit und des Selbstbewusstseins der extrem rechten Szene. Zudem sind sie nicht einer einzelnen Struktur zuzuordnen. Angreifende werden durch die Betroffenen mal der Kleinstpartei *III. Weg*, mal den *Jungen Nationaldemokraten (JN)*, mal eher unorganisierten Jugendgruppen zugeordnet. In Südbrandenburg wird zudem durch Aktive vor Ort immer wieder die prägende Rolle der rechten Fanszene des *FC Energie Cottbus* für eine ständig nachwachsende gewaltbereite Jugendszene sowohl im städtischen als auch ländlichem Raum betont.

Die Angriffe aus der extrem rechten Szene sprechen eine klare Botschaft: Menschen, die sich gegen Rechts engagieren oder einen Lebensstil pflegen, der nicht ins rechte Weltbild passt, sollen sich an Wohn- und Freizeitorten nicht mehr sicher fühlen. Ihre Gegner*innen sollen davon abgehalten werden, zusammenzukommen und sich gemeinsam zu organisieren. Allein die Existenz subkultureller oder linker Orte und Projekte werden als Provokation wahrgenommen. Sie stören das Hegemoniestreben der extremen Rechten und sind der Beleg dafür, dass der eigene Dominanzanspruch noch nicht verwirklicht werden konnte.

Für die Betroffenen – die Bewohner*innen, Besucher*innen und Aktiven der Projekte – bedeuten diese Angriffe in ihrer Vehemenz ein Leben in ständiger Alarmbereitschaft. Türen werden verstärkt, Fenster gesichert, Schutzkonzepte entwickelt. Einige der in den Projekten Aktiven haben bereits in den „Baseballschlägerjahren“ Gewalt durch eine enthemmte und dominant auftretende Rechte erlebt, die aktuellen Taten reaktivieren diese Erfahrung mit den entsprechenden psychischen Folgen. In solch einer Situation den offenen Charakter der Projekte zu erhalten, ist eine ständige Herausforderung, die weit über die unmittelbare Frage, wie Reparaturen nach Sachbeschädigungen finanziert werden sollen, hinausgeht. Die rechten Attacken gelten schließlich nicht in erster Linie der Bausubstanz, sondern sollen die Personen treffen, die an diesen Orten aktiv sind.

In Südbrandenburg haben die Angriffe der Rechten ihr Ziel nicht erreicht, für Verunsicherung und Vereinzelung zu sorgen. Als Reaktion hat sich die Initiative *Sichere Orte Südbrandenburg* gegrün-

det, in der sich die betroffenen Klubs und Projekte vernetzen, gegenseitige Solidarität organisieren und mit gemeinsamer Öffentlichkeitsarbeit dafür sorgen, dass die Übergriffe nicht im Verborgenen bleiben.

Zumindest im südöstlichen Brandenburg reagierte die Lokalpolitik: Nach den ersten Angriffen auf die *Zelle79* lud der Cottbuser Oberbürgermeister Tobias Schick Bewohner*innen des Projekts und Vertreter*innen der *Initiative Sichere Orte* zu einem runden Tisch ein, um mögliche Schutzmaßnahmen zu besprechen. Auch Vertreter*innen der Landkreise Spree-Neiße und Oberspreewald-Lausitz nahmen teil. Zudem wurden die Angriffe klar und deutlich verurteilt. Zugleich stehen allerdings auch in Cottbus teils massive Kürzungen im Bereich der (Jugend-) Sozialarbeit an, die zukünftig die Effektivität von Maßnahmen für eine vielfältige und offene Lausitz einzuschränken drohen.

RECHTSTERRORISMUS UND QUEERFEINDLICHKEIT

Auch wenn der Brandanschlag auf die Erlebnistagstätte *Kultberg* in Altdöbern bereits im Oktober 2024 verübt wurde, ist sein Bekanntwerden und die strafrechtliche Aufarbeitung im Jahr 2025 von zentraler Bedeutung für die Einordnung rechtsterroristischer Gefahren in Brandenburg. Im Zuge der Ermittlungen kam es zu Razzien gegen eine überregional organisierte Gruppe sehr junger Täter*innen aus dem Umfeld der *Letzten Verteidigungswelle*. Zwei Teenager aus der Region befinden sich bis heute in Untersuchungshaft. Seit Anfang März müssen sie sich vor dem Oberlandesgericht Hamburg unter anderem wegen des Brandanschlags auf den *Kultberg* wegen der Bildung einer terroristischen Vereinigung und des versuchten Mordes verantworten.⁷ Hinzu kommt ein durch die Gruppierung geplanter Bombenanschlag auf eine Geflüchtetenunterkunft in Senftenberg. Mitglieder der Gruppe hatten die notwendigen Sprengsätze bereits organisiert, als sie durch die Polizei verhaftet wurden. Die *Letzte Verteidigungswelle* agierte nicht nur in Brandenburg, sie verübte auch in Thüringen, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern teils schwerste rassistisch sowie queerfeindlich motivierte Straftaten.

Der Fall der *Letzten Verteidigungswelle* ist der bislang deutlichste und zugleich erschreckendste Ausdruck einer Entwicklung, die die Opferperspektive seit etwa zwei Jahren beobachtet: die **zunehmende Dominanz extrem rechter Jugendkulturen** in mehreren Regionen, die nicht nur eine gewaltförmige Praxis normalisiert, sondern zur Herausbildung rechtsterroristischer Strukturen führt. So entwickelt sich eine extrem rechte Jugendbewegung mit großer Dynamik und es entsteht

⁷ Bei Veröffentlichung der Jahresstatistik für 2024 erfasste die Opferperspektive den Anschlag in Altdöbern lediglich als Brandstiftung. Durch in der Zwischenzeit bekanntgewordene Details muss dieser Vorfall als versuchtes Tötungsdelikt bewertet werden. So hatte zum Zeitpunkt der Tat, bei der fast das gesamte Gebäude niederbrannte, die Betreiber*innenfamilie im Haus geschlafen. Sie befanden sich durch den Brand in Lebensgefahr, überstanden den Anschlag aber körperlich unbeschadet. Ihre wirtschaftliche Existenz wurde jedoch zerstört.

eine unübersichtliche Anzahl neuer Gruppen und Organisationen im gesamten Bundesgebiet, die sich vor allem über soziale Netzwerke vernetzen und ihre Propaganda verbreiten. Sie tragen ihre Gewaltaffinität mit großer Offenheit zu Schau, was die Attraktivität bei ihrer Zielgruppe eher steigern denn mindern dürfte. Hervorzuheben ist die herausragende Bedeutung queerfeindlicher Propaganda als verbindendes Element. Insbesondere die Mobilisierung gegen CSD-Veranstaltungen spielte als Aktionsangebot für erlebnisorientierte rechte Jugendliche eine zentrale Rolle. Über die Teilnahme an diesen Gegendemonstrationen versuchen die neu entstandenen Gruppen Mitglieder zu gewinnen bzw. an sich zu binden. Dies war 2025 allerdings deutlich weniger erfolgreich als noch im Vorjahr.

Dazu beigetragen haben sowohl staatliche Repressionsmaßnahmen, eine breite und entschlossene zivilgesellschaftliche Gegenmobilisierung als auch die eigene Unfähigkeit und interne Zerstrittenheit der neu entstandenen Gruppierungen. Die Organisator*innen von CSDs und ihr solidarisches Umfeld waren zudem deutlich besser auf diese Jugendbewegung und ihr Gewaltpotential eingestellt. Schutzmaßnahmen, das Absichern von An- und Abreise und die Unterstützung von Menschen von außerhalb waren deutlich besser geplant und organisiert. Dies bedeutet für Organisator*innen große emotionale wie logistische Kraftanstrengungen. Die Sorge um die eigene körperliche Unversehrtheit ist für den größten Teil der LGBTIQ*-Community sicherlich nichts Neues, aber im Kontext einer Demonstration für den Schutz von Teilnehmenden Sorge tragen zu müssen und ihn zu organisieren, ist eine große Herausforderung, die aber letztlich 2025 in Brandenburg gemeistert wurde. So nahmen an den CSDs in Brandenburg 2025 deutlich mehr Menschen teil als in den Jahren zuvor, während nicht nur rechte Übergriffe, sondern auch die Zahl der Teilnehmer*innen bei rechten Gegenveranstaltungen deutlich zurück ging.

Als schwerwiegendster Vorfall in diesem Kontext ist die Brandstiftung am *Regenbogenkombinat* in Cottbus wenige Tage vor der CSD-Demonstration im Oktober zu nennen. Außerdem kam es im August nach dem CSD in Bautzen in einem von Cottbus Richtung Berlin fahrenden Regionalzug zu Bedrohungen und versuchten körperlichen Angriffen durch organisierte Rechte gegen sich auf der Rückreise befindende Teilnehmer*innen.

BAD FREIENWALDE UND DIE GRENZEN STAATLICHER REPRESSION

Staatliche Repression erweist sich vor allem gegenüber neu entstehenden, wenig gefestigten Gruppierungen wie *Deutsche Jugend Voran* als wirksam. Hier treffen die Maßnahmen auf Gruppen, die nur über wenige Kader mit Organisationserfahrung verfügen, wenig klandestin agieren und kaum Strategien zum Umgang mit polizeilichen Ermittlungsmaßnahmen entwickelt haben. Gegen bereits etablierte, kontinuierlich organisierte neonazistische Strukturen hingegen greifen sie deutlich weniger.

Am 14. Juni überfallen organisierte Neonazis das Vielfaltsfest des Vereins „Bad Freienwalde ist bunt“. Kurz vor Beginn des Festes befinden sich noch wenige Menschen auf dem Festplatz – darunter Familien mit Kindern. Die mit schwarz-weiß-roten Sturmhauben verummten und

*mit Schlagstöcken und Quarzsandhandschuhen bewaffneten Angreifer stürmen den Veranstaltungsort und schlagen auf die Anwesenden ein. Mehrere Besucher*innen werden von den Neonazis teils schwer verletzt. Zum Zeitpunkt des Angriffs ist die Polizei nicht unmittelbar vor Ort. Besucher*innen und dem durch die Veranstalter*innen organisierten Schutzteam ist es zu verdanken, dass nicht deutlich mehr Menschen zu Schaden kommen und das Fest letztlich trotz des Angriffs durchgeführt werden kann.*

Aufgrund mangelnden Vertrauens in die Strafverfolgungsbehörden, wandten sich Zeug*innen an die Opferperspektive, mit der Bitte, ihre Beobachtungen an die Polizei zu übermitteln. Sie sind sich sicher, Angreifer*innen dem III. Weg zuordnen zu können. Monate später stellte jedoch die Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) das Verfahren gegen einen der Nachwuchskader des III. Weges wegen nicht ausreichendem Tatverdacht ein.

Der Angriff von Bad Freienwalde zeigt die fortbestehende Handlungsfähigkeit organisierter Neonazistrukturen und verdeutlicht ihre Bereitschaft, bei Angriffen auf politische Gegner*innen mit großer Brutalität vorzugehen. Zugleich macht er das Scheitern staatlicher Intervention sichtbar, wenn es um seit Jahren verankerte extrem rechte Netzwerke geht.

Während Innenminister René Wilke noch am Tag des Angriffs nach Bad Freienwalde reiste und das Gespräch mit den Betroffenen suchte, blieb eine deutliche Verurteilung des Angriffs und eine Solidarisierung mit den Betroffenen durch den damaligen Bürgermeister von Bad Freienwalde, Ralf Lehmann, aus. Eine Lokalpolitik, die den Angriff sogar trotz vorliegender Videoaufnahmen kleinredet, ist ein politisches Versagen erheblichen Ausmaßes und begünstigt in letzter Konsequenz eben solche Angriffe. Zumindest die Polizei scheint aus dem Angriff gelernt zu haben und erhöhte in der Folge die polizeilichen Schutzmaßnahmen bei darauffolgenden CSD-Demonstrationen deutlich wahrnehmbar.

WACHSENDES GEFAHRENPOTENTIAL DURCH EINE BEWEGUNGSFÖRMIGE RECHTE

Die extrem rechte AfD bleibt ein wichtiger Bezugspunkt für die gewaltbereite Rechte. Als parlamentarischer Arm fungiert sie als Stichwortgeberin für die extreme Rechte auf der Straße – trägt aber auch umgekehrt immer wieder deren Positionen in die Parlamente. Es gelingt ihr weiterhin, gesellschaftliche Diskurse in Brandenburg maßgeblich zu beeinflussen. Über diese Mittlerrolle bindet sie erfolgreich ein breites Personenspektrum an sich, zu der auch gewaltbereite und erlebnisorientierte junge Rechte gehören, wie bei Wahlkampfveranstaltungen und Kundgebungen deutlich wird. Die Nähe zu diesen Jugendlichen wird bewusst hergestellt und inszeniert.

Nach einer Wahlkampfveranstaltung der AfD in Templin Anfang Februar greift eine 20-köpfige Gruppe junger Rechter Teilnehmende einer Gegenveranstaltung an. Zwei junge Gegendemonstranten werden durch die Straßen gehetzt, einer von ihnen geschlagen und getreten. Er erleidet eine blutende Platzwunde im Gesicht.

In der Uckermark formierte sich 2024 ein Kreis junger Rechter, die gemeinsam AfD-Wahlkampfveranstaltungen in der Region besuchten. Diese Jugendlichen radikalisierten sich schnell und gründeten Anfang 2025 die neonazistische Gruppe *Deutsche Jugend Uckermark*. Auf ihr Konto gehen diverse Propagandadelikte, aber auch gewaltsame Übergriffe auf politische Gegner*innen. Auch intern agierte die Gruppe gewalttätig. Ein Gruppenmitglied wurde nach Kritik am gewaltsamen Auftreten der Gruppe durch den Rest mittels körperlicher Gewalt bestraft. Zwar beendeten polizeiliche Maßnahmen formell die Existenz der Gruppe, nach Ansicht der lokalen Jugendsozialarbeit besteht das von den einzelnen Personen ausgehende Gewaltpotential allerdings fort.

Bei Gewalttaten wird immer wieder unmittelbar auf die AfD Bezug genommen.

Ende Januar verwickeln in Cottbus zwei 16-jährige Täter zwei Passanten in ein Gespräch und fragen sie danach, welche Partei sie wählen. Als die Angesprochenen ausweichend antworten, treten die Täter auf sie ein und rufen unter anderem „Ich wähle die AfD“.

Auch von AfD-Mitgliedern und Funktionsträgern gehen Angriffe aus, so zum Beispiel in Strausberg.

Im Anschluss an eine Gedenkveranstaltung zum Jahrestag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz, fordert ein AfD-Stadtverordneter einen Veranstaltungsteilnehmer zu einer Prügelei auf und beginnt ihn zu schubsen. Als sich dieser davon nicht provozieren lässt, bedroht ihn der AfD-Politiker mit einem Klappmesser. Der Angegriffene und weitere Teilnehmende flüchten in ein Seniorenheim. Im Dezember wird der Politiker am Amtsgericht Strausberg wegen Körperverletzung und Bedrohung erstinstanzlich zu einer Geldstrafe verurteilt.

Der alleinige Fokus auf die AfD birgt aber die Gefahr, den Blick zu verengen. Der gesellschaftliche Rechtsruck, der sich in den letzten Jahren vollzogen hat, bedeutet eine fortschreitende Normalisierung menschenfeindlicher Ideologien. Der Rahmen, innerhalb dessen extrem rechte Akteur*innen nicht nur große Wirkmacht, sondern stellenweise Dominanz entfalten können, hat sich deutlich vergrößert. Rassistische und NS-relativierende Positionen bleiben häufig unwidersprochen. Die Präsenz rechter Jugendlicher im Stadtbild wird von Vielen mit Schulterzucken hingenommen. Für potentiell von rechter Gewalt Betroffene wird es immer schwieriger, Gehör zu finden und mit den eigenen Sorgen ernst genommen zu werden. Vor dem Hintergrund dieser neuen gesellschaftlichen Normalität entstehen Handlungsfelder für eine immer größer werdende Anzahl von Gruppierungen, Milieus und Organisationen, die einerseits jenseits der AfD agieren, andererseits auf Grund deren Größe dazu gezwungen sind, sich zu ihr in Beziehung zu setzen. So agieren sie teils in enger Verbindung, teils in einem taktischen Verhältnis, teils mit skeptischer Distanz, und teils in klarer Konkurrenz zur AfD. Rechte Jugendcliquen bewegen sich mit großer Selbstverständlichkeit im öffentlichen Raum. Dieses Milieu wird von erlebnisorientierten Gruppen gezielt angesprochen. Die neonazistische Kleinstpartei *Der III. Weg* und seine Nachwuchsorganisation *Nationalrevolutionäre Jugend* versuchen Jugendliche und junge Erwachsene über Kampfsporttrainings, wie etwa in Spremberg, an sich zu binden.

Im Februar greift ein Mann, gekleidet mit einer Mütze des III. Wegs, eine Person an, die zuvor an einer Gedenkveranstaltung in Cottbus teilgenommen hatte, und schlägt ihr mit der Faust ins Gesicht.

Auch die Jugendorganisation der Partei *Die Heimat (JN)* scheint wieder an Handlungsfähigkeit zu gewinnen. Sie vermeldete deutlich steigende Mitgliederzahlen. Bei dem Angriff auf den alternativen *Süd-Club* in Lauchhammer wurde das Kürzel *JN* an den Wänden des Clubs hinterlassen. Mit der Neugründung der Nachwuchsorganisation *Generation Deutschland* versucht auch die AfD, weiterhin Jugendliche an sich zu binden, und erklärt, die Zusammenarbeit mit dem sogenannten Vorfeld stärken zu wollen.

Hinzu kommt das Fußball-, Kampfsport- und Rockermilieu, das insbesondere in Südbrandenburg für eine permanente Drohkulisse sorgt.

Im Februar drängen verummte Fans des FC Energie Cottbus einen Mann syrischer Herkunft am Bahnhof von Falkenberg/Elster unter rassistischen Beleidigungen aus dem Zug. Auf dem Bahnsteig wird der Mann von 3 Rechten unter Schlägen zu Boden gebracht und beraubt. Ein zweiter Mann tschetschenischer Herkunft, der versucht einzuschreiten, wird von vier weiteren Tätern aus derselben Gruppe ebenfalls zusammengeschlagen.

Zudem wurden organisierte Rechte wieder auffällig, die bereits in den 90er bzw. 00er Jahren aktiv waren.

Aus einer 20-köpfigen Gruppe von Rechten heraus, die sich völlig selbstverständlich auf dem Gelände bewegen, wird im Dezember ein Punk auf dem Spremberger Weihnachtsmarkt unter „Sieg Heil“-Rufen angegriffen. Einer der Täter springt ihm mit dem Knie ins Gesicht, so dass der Betroffene das Bewusstsein verliert. Weitere Jugendliche werden am selben Tag durch dieselbe Tätergruppe angegriffen.

AUSWIRKUNGEN AUF DIE DEMOKRATISCHE ZIVILGESELLSCHAFT

Für diejenigen, die sich vor dem Hintergrund einer erstarkten rechten gesellschaftlichen Bewegung für ein demokratisches und vielfältiges Miteinander einsetzen, bedeutet die fortschreitende Normalisierung extrem rechter Ideologien und Strukturen Konsequenzen selbst in alltäglichen Situationen: Nachbar*innen, die zuvor noch grüßten, wenden sich ab, in Gesprächen wird geäußert, dass man sich der Dorfgemeinschaft anpassen solle. Demokratisches politisches oder soziales Engagement wird nicht mehr wertgeschätzt, sondern als Verletzung des lokalen Konsens empfunden. Diese „Verstöße“ werden von Rechten „bestraft“, häufig auch unterhalb der Gewaltschwelle. Briefkästen werden zerstört oder beschmiert, rechte und neonazistische Aufkleber auf Wohnungstüren hinterlassen, Autos beschädigt. Die Erfahrung sozial geächtet zu werden, nur weil man rechten Parolen widerspricht, wird von vielen Menschen in Brandenburg geteilt und sorgt für eine fortbestehende Verunsicherung.

Es bleibt jedoch nicht bei diesen mehr oder minder subtilen Botschaften.

In Südbrandenburg wird einem Paar die Autoscheibe durchbohrt, um Buttersäure ins Innere zu leiten. Der Betroffene leidet unter Augenreizungen, Hals- und Kopfschmerzen, nachdem er das Auto kurz umgeparkt hat. Kurz zuvor hatte er einen Redebeitrag auf einer linken Kundgebung gehalten.

Der Einfluss einer erstarkenden rechten Jugendszene macht sich deutlich bemerkbar. Das klare Feindbild „Links“ ist für Täter*innen ein wichtiger ideologischer Ankerpunkt, um in jugendtypischer Entgrenzung offensiv und gewalttätig gegen andere vorzugehen, sobald diese als in irgendeiner Form nicht angepasst wahrgenommen werden.

An einem Cottbuser Badesee wird Mitte Juni eine Gruppe Jugendlicher durch 20-30 verummte Personen überfallen und mit Pyrotechnik und Glasflaschen beworfen. Auslöser dafür ist, dass die Jugendlichen vorher Sticker des III. Wegs entfernt hatten und dabei beobachtet wurden.

Im Mai zerstören in Niederfinow zwei Rechte eine Installation gegen Rechts vor einem Wohnhaus. Als eine Bewohnerin einen der Täter anspricht, beleidigt er sie sexistisch und bedrängt sie körperlich. Im Anschluss werden in der Straße weitere Installationen gegen Rechts zerstört.

Die Bedrohung durch rechte Gewalt ist für viele Betroffene eine tägliche Belastung. Gleichzeitig kämpfen Vereine und Projekte, die sich gegen Rechtsextremismus oder für Geflüchtete einsetzen, unter der aktuellen Haushaltslage ums Überleben – denn ohne Fördermittel ist ihre Arbeit kaum möglich. Auch das kostet enorm viel Kraft. Die Einstellung von Förderprogrammen wird zudem als Entsolidarisierung der Politik empfunden.

Diffamierungen und Aufrufe der AfD, vermeintlich linksextremistische Projekte zu melden, führen zu weiterer Unsicherheit.

Bereits im vergangenen Jahr schilderte die Opferperspektive, unter welchem Druck die demokratische Zivilgesellschaft in Brandenburg steht. Daran hat sich wenig geändert.

Bündnisse, Projekte und engagierte Einzelpersonen sind seit langem kontinuierlichem Stress ausgesetzt. Zur konkreten Angst um die eigene körperliche Unversehrtheit kommt die Sorge um die gesellschaftliche Entwicklung. Diese anhaltende psychische Belastung hat Folgen: Manche Menschen erkranken, andere verlassen die Region oder ziehen sich aus dem politischen Engagement zurück.

Gleichzeitig gelingt es vielen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, einen pragmatischen Umgang mit der Situation zu entwickeln und praktische Solidarität zu üben. So versammelten sich an Silvester 2025 die *Omas gegen Rechts* vor dem vielfach angegriffenen Wohnprojekt *Zelle79* in Cottbus, um den Bewohner*innen Mut zuzusprechen und das Gebäude durch ihre Präsenz vor möglichen Angriffen zu schützen. Initiativen vernetzten sich zusehends, um gemeinschaftlich Wege aus der Ohnmacht zu finden. In der Auseinandersetzung mit der aktuellen Bedrohungslage wurden

neue Sicherheitskonzepte entwickelt, die positive Wirkung zeigen. Hinzu kommt ein offensiverer öffentlicher Umgang mit rechten Umtrieben. Unter den aktuellen Bedingungen überhaupt weiterzumachen, schafft auch ein neues Selbstbewusstsein unter den Aktiven.

AUSBLICK: BETROFFENE UND ENGAGIERTE STÄRKEN

Rechte Gewalt in Brandenburg hat sich verfestigt – und das Selbstbewusstsein extrem rechter Akteur*innen ist ungebrochen. Sich dem entgegenzustellen braucht Mut und geschieht häufig unter erheblichem Druck und hohem persönlichen Einsatz. **Die Vernetzung und Solidarität von Menschen und Initiativen der demokratischen Zivilgesellschaft** ist ein entscheidender Baustein gegen den extrem rechten Dominanzanspruch.

Damit darf sie nicht allein gelassen werden. Der **Staat muss seiner Verantwortung gerecht werden** und Orte stärken, an denen Menschen angstfrei leben, sich begegnen und engagieren können. Dafür ist die ausreichende Finanzierung einer lebendigen Kinder- und Jugendarbeit, offenen Treffpunkten und soziokulturellen Zentren als Gegenpole zu einer erstarkenden rechten Jugendbewegung unverzichtbar. Präventionsangebote müssen weiter ausgebaut werden.

Wer sich für Demokratie, Vielfalt und gegen Rechtsextremismus engagiert, braucht aktiven Schutz. Angriffe – ob online oder offline – müssen konsequent verfolgt und Solidarität parteiübergreifend gelebt werden. Veranstaltungen wie CSDs und Demokratiefeste benötigen verlässlichen Schutz durch die Sicherheitsbehörden. Das Versagen von Bad Freienwalde darf sich nicht wiederholen. Auch die Justiz muss zeitnah handeln: Verfahren gegen rechte Straftäter*innen dürfen nicht über Jahre liegenbleiben, wie etwa im Gerichtsbezirk Cottbus. Der Opferschutz muss gestärkt werden.

Mit Sorge blickt die Opferperspektive auf die voranschreitende **Entrechtung von Geflüchteten und Migrant*innen**, begleitet von weiter erstarkenden rassistischen Diskursen. Jahr für Jahr sind von Rassismus Betroffene die größte Gruppe in unserer Beratungsstatistik – und dennoch geschieht viel zu wenig, um ihnen Schutz und Teilhabe zu ermöglichen. Unterstützungsstrukturen – wie etwa Migrationsberatungsstellen und Integrationskurse – sind akut von Kürzungen betroffen. Wo die politischen Prioritäten der neuen Landesregierung zu liegen scheinen, macht ein Blick in den Koalitionsvertrag deutlich: Das Wort Rassismus fällt nicht ein einziges Mal, dafür wird eine Taskforce Abschiebung angekündigt.

Wer von rechter, rassistischer oder antisemitischer Gewalt betroffen ist, hat ein Recht auf Unterstützung. Die weitere Zunahme rechter Gewalt und die hohen Betroffenenzahlen machen deutlich: **Die Arbeit von Fachberatungsstellen wie der Opferperspektive ist unverzichtbar und muss dauerhaft gestärkt werden.** Um Betroffenen rechter Gewalt zur Seite stehen zu können, braucht es eine gesicherte Finanzierung, mehr Stellen und das klare politische Bekenntnis, dass unabhängige Beratung und eine starke Zivilgesellschaft die Grundlage einer wehrhaften, pluralen Demokratie sind.

IMPRESSUM



Opferperspektive – Solidarisch gegen Rassismus, Diskriminierung und rechte Gewalt e.V.

Rudolf-Breitscheid-Straße 164, 14482 Potsdam
www.opferperspektive.de

März 2026

V.i.S.d.P.: Robin Herz

Lektorat: Haidy Damm
Gestaltung: Mathis Ruffing

Copyright:

Dieses Material steht unter der Creative-Commons-Lizenz „CC BY-NC-ND 4.0“ Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0. International lizenziert.
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/legalcode.de>

Gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Gefördert vom



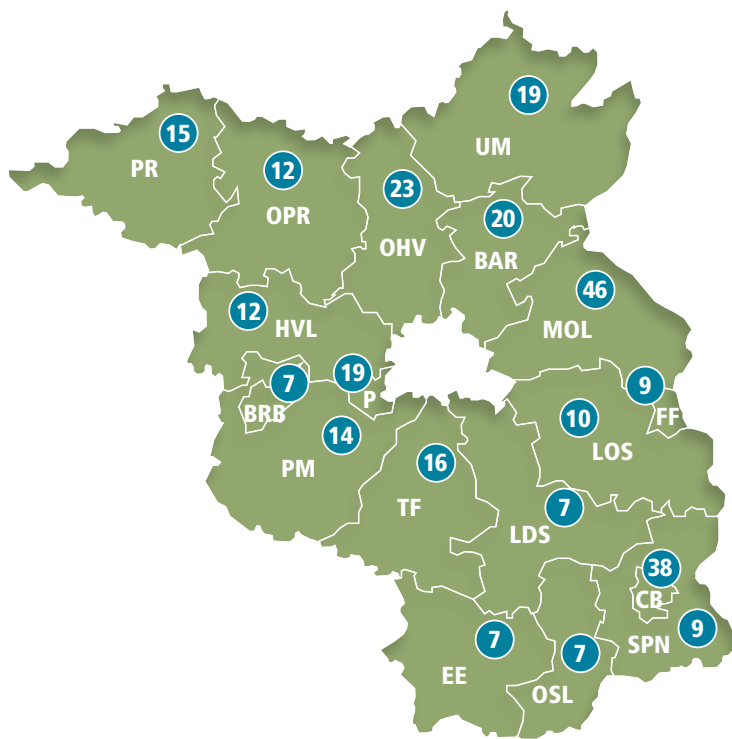
im Rahmen des Handlungskonzeptes

**TOLERANTES
BRANDENBURG**

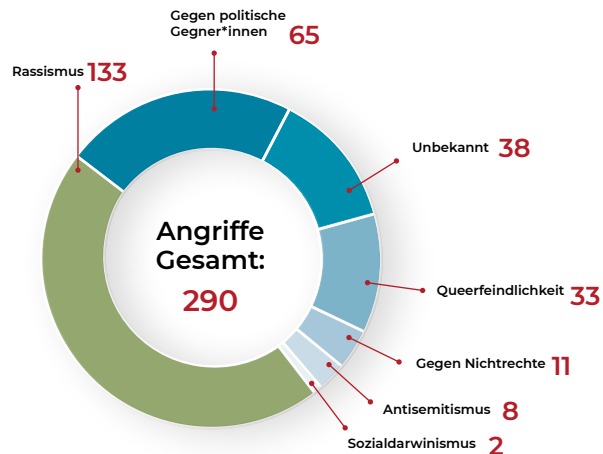
*Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMBFSFJ oder des BAFzA dar.
Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor:innen die Verantwortung.*

RECHTE, RASSISTISCHE UND ANTISEMITISCHE ANGRIFFE BRANDENBURG 2025

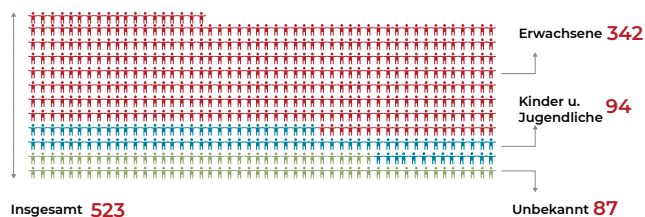
Gesamtzahl der Angriffe: **290**



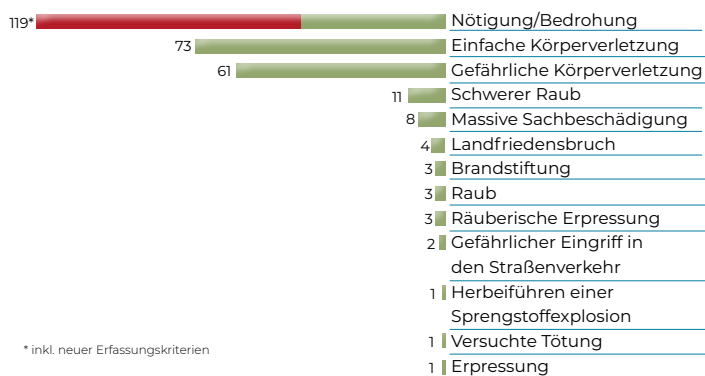
Rechte Angriffe: **Tatmotivationen**



Rechte Angriffe: **Tatbetroffene**



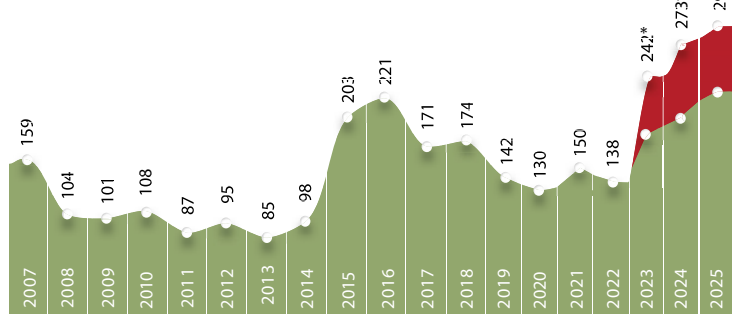
Rechte Angriffe: **Tatbestände**



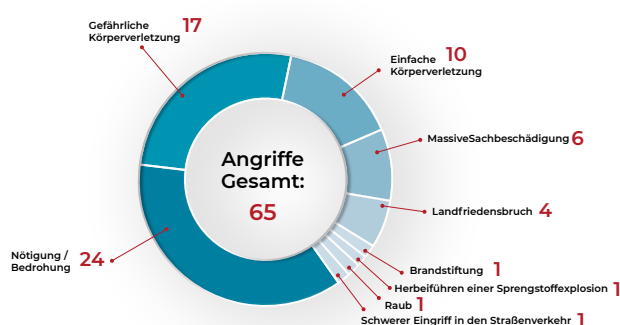
Rechte Angriffe:
Allgemeine Einschätzung

- Rechte Gewalt nimmt auch unabhängig von Wahlen weiter zu
- Rassismus bleibt Hauptmotiv rechter Gewalt
- Wohnprojekte, Jugendclubs und soziokulturelle Zentren stehen zunehmend im Fokus rechter Täter*innen
- Eine breite rechte Bewegung formiert sich weiter

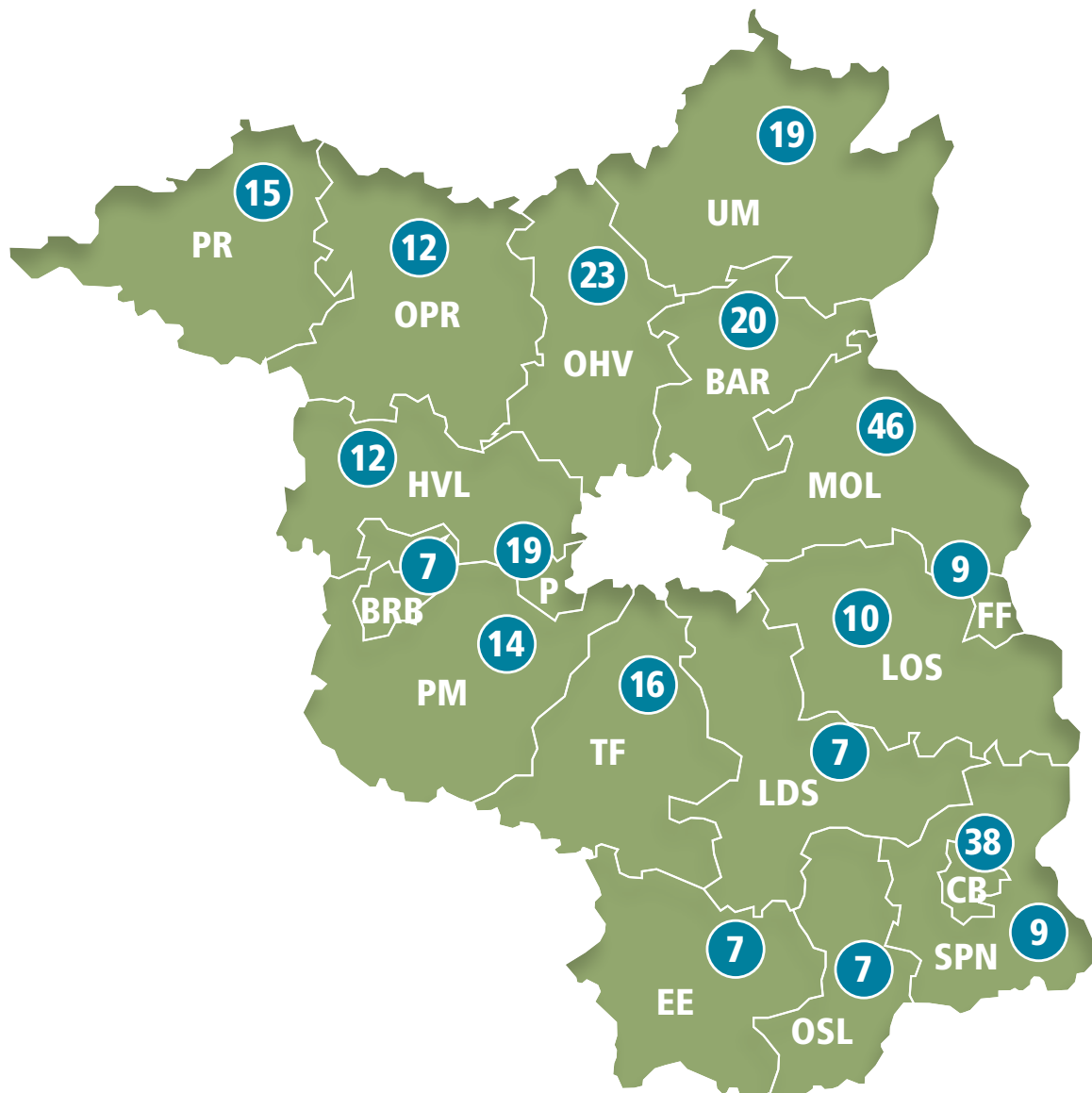
Verlauf: **Rechte Angriffe 2007-2025**



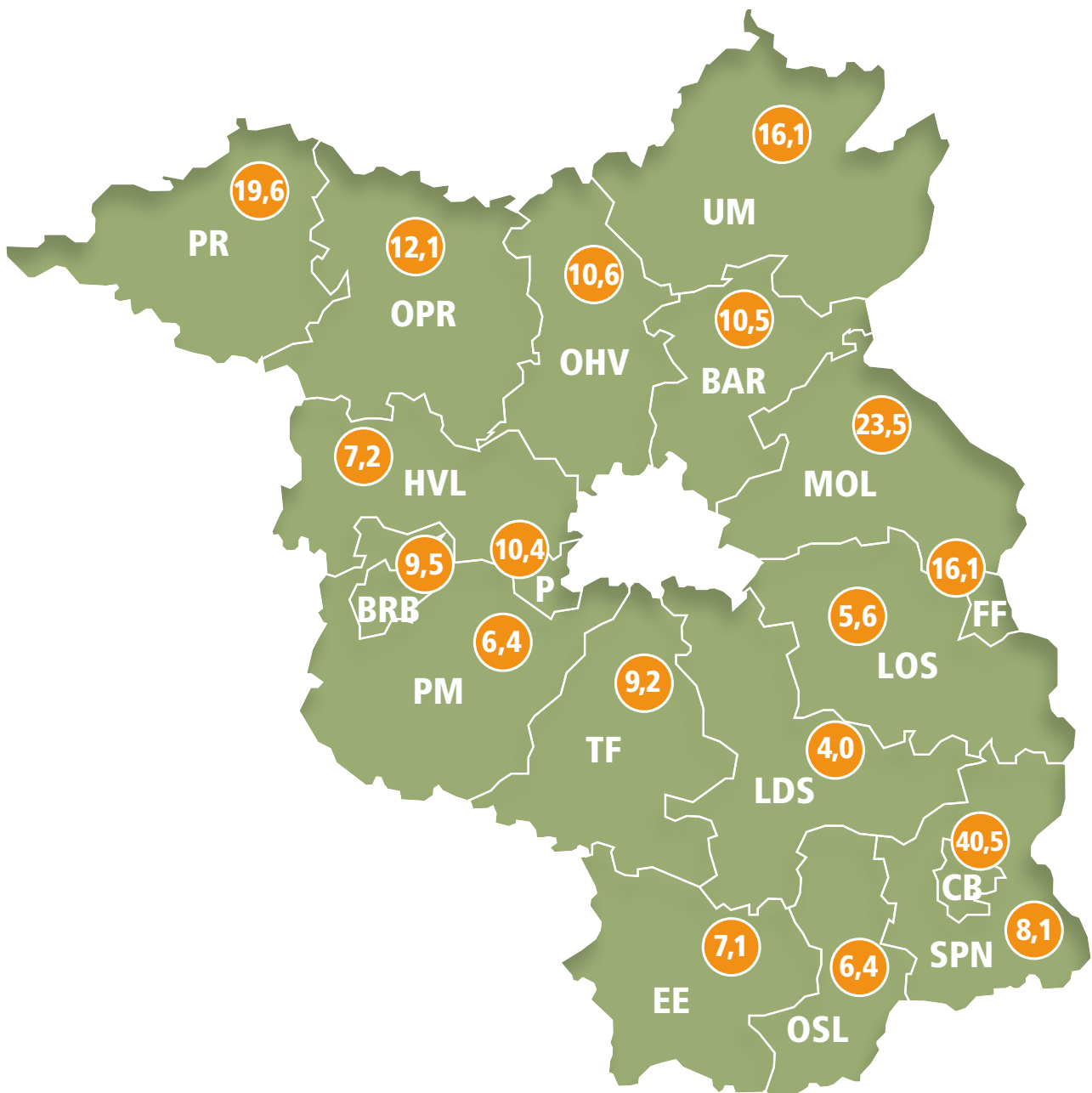
Angegriffen gegen politische
Gegner*innen **nach Tatbestand**



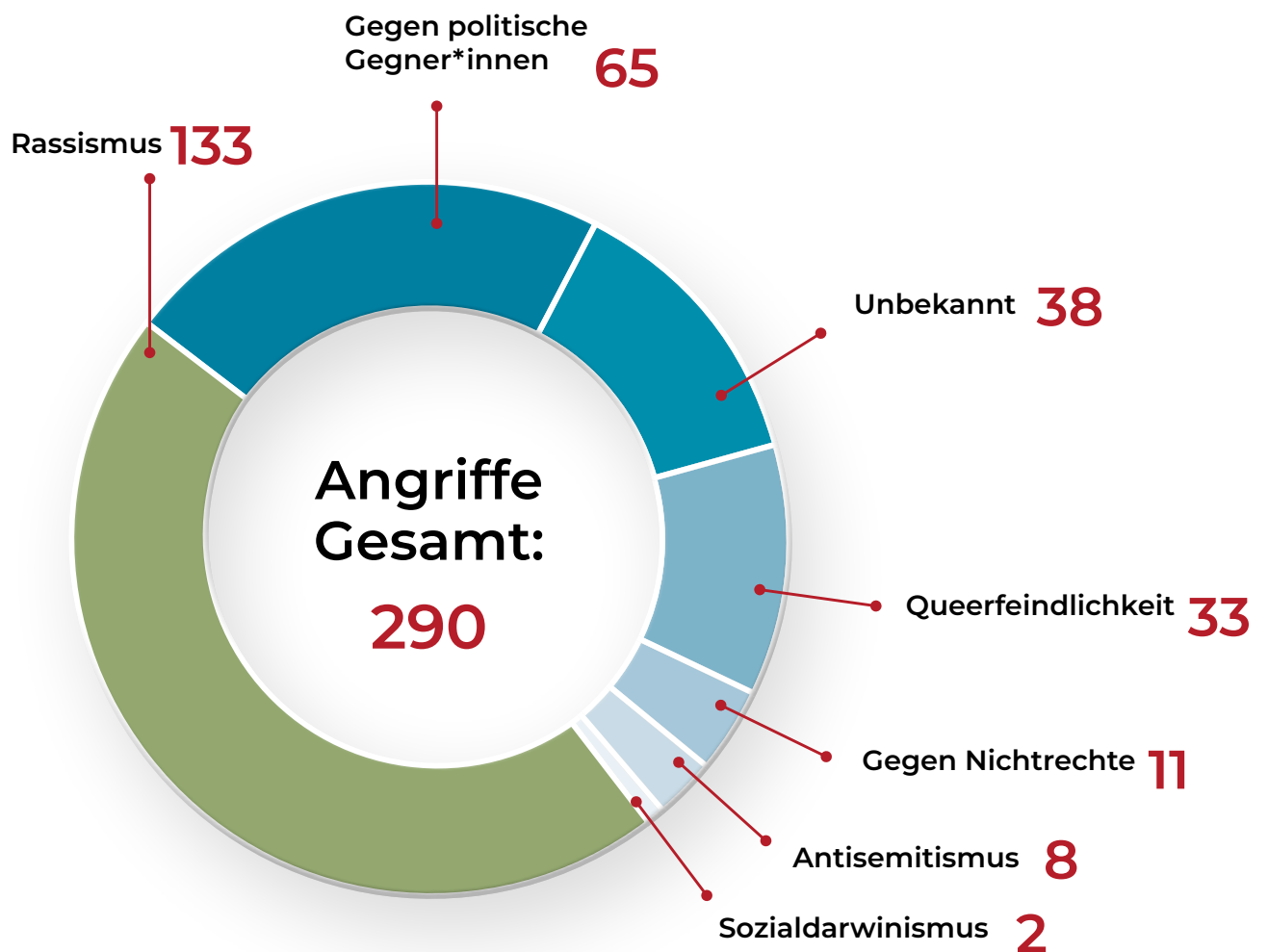
Gesamtzahl der Angriffe: **290**



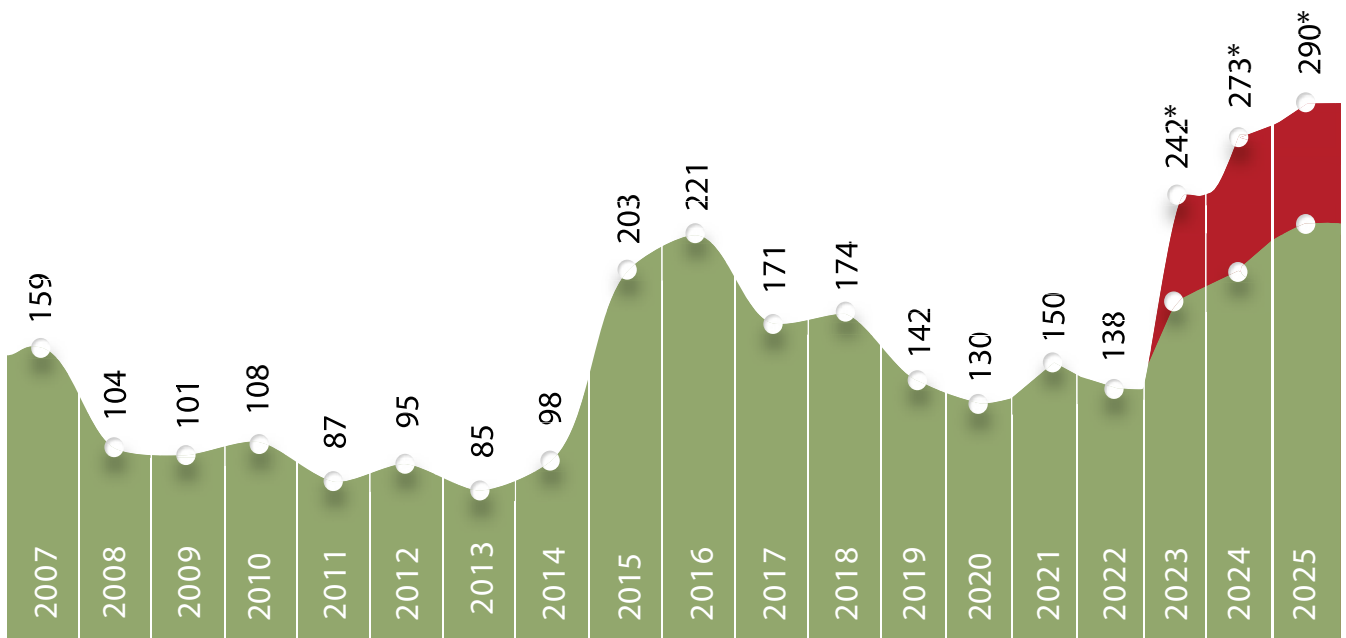
Landkreise – Gewalttaten auf **100.000 Einwohner**



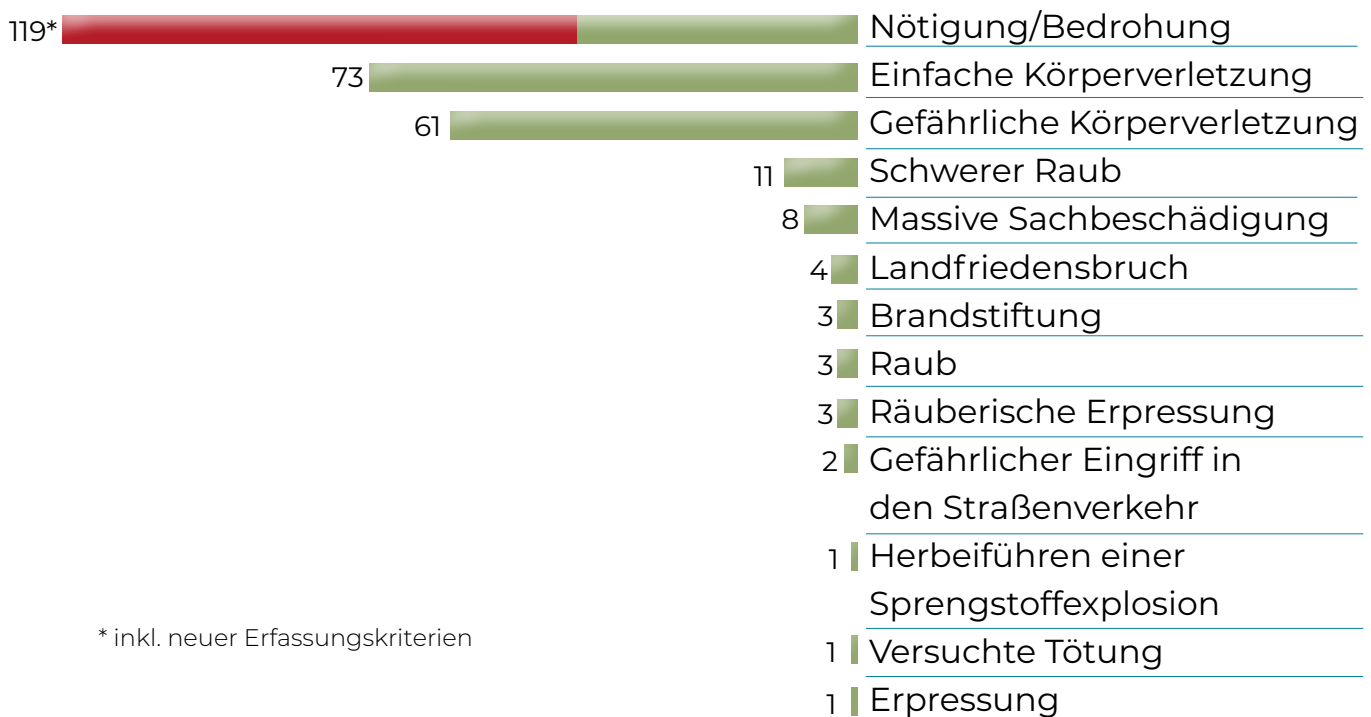
Rechte Angriffe: **Tatmotivationen**



Verlauf: Rechte Angriffe 2007-2025

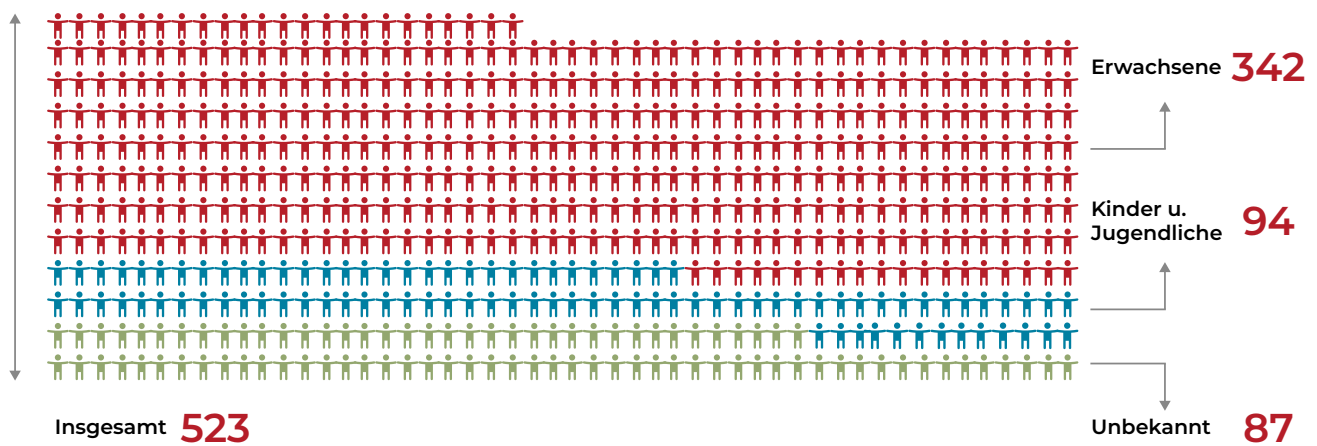


Rechte Angriffe: **Tatbestände**



* inkl. neuer Erfassungskriterien

Rechte Angriffe: **Tatbetroffene**



Angriffe gegen Politische Gegner nach Tatbestand

